

Inhalt

Einleitung

Gut leben: Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums

Die Fragilität der Demokratie und die Privatisierung des guten Lebens 7

Wachstum: Ein Zauberwort ohne Zukunft 10

Gutes Leben jenseits des Wachstums: Eine Vision für die Zukunft 11

Kapitel I

Postwachstum und die Kraft der Utopie

2099: Die Vision eines versöhnten Planeten 13

Was ist Utopie? 15

Die Kraft der Utopie 16

Der lange Schatten der Utopie 19

Wegweiser für konkrete Utopien 21

Kapitel II

Wachstumskritik: Kurzgeschichte einer Bewegung

Décroissance: Ursprünge eines Begriffs 25

Wie aus der Décroissance eine wachsende Bewegung wurde 28

Kapitel III

Inspiration für eine Postwachstumsgesellschaft:

Entwürfe einer konkreten Utopie

Décroissance, Postwachstum und das utopische Denken 37

Inspirationsquellen und Verbündete der Décroissance 38

Visionen einer Postwachstumsgesellschaft zwischen Frankreich und Deutschland 50

Kapitel IV

Postwachstumsvisionen auf dem Irrweg

Vom Abdriften und Manipulieren: Wie aus Postwachstum ein Programm der Restauration wird 59

Falsche Freunde und gefährliche Verbündete 67

Kapitel V

Gut leben: Grundpfeiler für eine gerechte, solidarische und demokratische Postwachstumsgesellschaft

Eine Gesellschaft jenseits des Wachstumszwangs 77

Die Grundpfeiler einer Postwachstumsgesellschaft 78

Anmerkungen 91

Die Grundpfeiler einer Postwachstumsgesellschaft

Umverteilung gegen Ungleichheit

Eine Postwachstumsgesellschaft ist nicht mehr auf das steigende Bruttoinlandsprodukt für die Sicherung der materiellen Grundlagen eines guten Lebens angewiesen. Stattdessen ist sie als demokratische und gerechte Gesellschaft gerade dann stabil, wenn die Ungleichheit möglichst gering bleibt. Ungleichheit ist darum ein wichtiger Wachstumstreiber, weil sie den konstanten Vergleich und den Wunsch nach sozialem Aufstieg anregt. Da sich die Messlatte aber ebenfalls kontinuierlich nach oben verschiebt, ist Ungleichheit daher auch – wie zahlreiche Studien nachweisen – eine der wichtigsten Ursachen für Unzufriedenheit und eine Verschlechterung der Lebensqualität.⁹¹ Eine Grundsicherung, die allen ein würdevolles Leben ermöglicht, sowie die Umverteilung materieller Ressourcen und die Reduzierung der Ungleichheit sind daher Grundpfeiler einer Postwachstumsgesellschaft. Immer mehr Menschen engagieren sich deswegen auch in der europäischen Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) für alle Bürger(innen) und sehen darin eine wesentliche Bedingung auf dem Weg zu einer Postwachstumsgesellschaft.⁹² Noch interessanter ist aber das französische *Décroissance*-Projekt einer Bedingungslosen-Autonomie-Grundausrüstung (*Dotation Inconditionnelle d'Autonomie* – DIA), die die Gruppe um Paul Ariès entwickelt hat. Die DIA sieht anders als das Konzept des Grundeinkommens nicht bloß die Verteilung einer Summe von Geld an alle Gesellschaftsmitglieder vor, losgekoppelt von jeglichen Gegenleistungen. Stattdessen gehören zur DIA wesentliche Dienstleistungs- und Nutzungsrechte, die fundamentale Bedingungen eines guten Lebens für alle sind und nicht durch Geld erworben werden können: Die Grundausrüstung umfasst zum Beispiel

Bildung, Mobilität und eine Fläche zum Wohnen. Allen Gesellschaftsmitgliedern soll diese minimale Grundausrüstung kostenlos zur Verfügung stehen. Sie können selbstverständlich auch arbeiten und über diese Schwelle hinaus Geld verdienen. Die DIA ist allerdings mit einem maximalen Einkommenssockel kombiniert, der eine Obergrenze für zusätzliche Einkünfte durch Besteuerung setzt und der Umverteilung dient. Auch wenn so ein Konzept erst mal sehr radikal klingt, sollten wir bedenken, dass im liberalen Großbritannien und in den Vereinigten Staaten noch in den 1960er Jahren ein Grenzsteuersatz von 90 Prozent üblich war.⁹³ Wir reden hier nicht von realsozialistischen Zuständen, sondern von einer sinnvollen Eingrenzung von Ungleichheiten. Wenn der Zugang zu wesentlichen Dienstleistungen nicht nur durch Geld ermöglicht ist, braucht man auch weniger materielle Ressourcen für die Befriedigung wichtiger Bedürfnisse. So ist zum Beispiel Mobilität ein zentrales Bedürfnis, und wie und wodurch es eingelöst wird, ist eine Frage gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und politischer Entscheidungen: Durch eine sehr gute Infrastruktur mit öffentlichen Transportmitteln können sich alle Bürger(innen) frei bewegen (unabhängig von Einkommen oder anderen einschränkenden Faktoren). Der Besitz eines privaten PKW mag dann noch weiterhin ein persönlich wichtiger Wunsch sein, aber er ist keine notwendige Bedingung für die Befriedigung des Mobilitätsbedürfnisses mehr. Die Frage, ob man in immer breitere Straßen, Autobahnen und Parkhäuser oder in die Verbesserung der Infrastruktur für öffentliche Transportmittel investiert, zieht nicht unbedingt eine Grundsatzdiskussion darüber nach sich, welche Bedürfnisse falsch oder richtig sind. Es geht vielmehr darum, gemeinsam zu entscheiden, wie sie unter Berücksichtigung der Konsequenzen für andere sinnvollerweise befriedigt werden können.

Neuverteilung von Raum und Zeit

Stadt-Land-Beziehungen: Umverteilung bezieht sich nicht nur auf Geld oder Ressourcen, sondern auch auf Raum und Zeit. Eine Postwachstumsgesellschaft muss daher zum

Beispiel die Beziehung zwischen städtischen und ländlichen Räumen neu denken. Zurzeit ist diese Beziehung weitgehend asymmetrisch: Ländliche Räume produzieren im großen Umfang Güter und Energie für die Versorgung der Städte und werden aber von diesen kontrolliert, indem etwa die Städte für einen niedrigen Preis bei Lebensmitteln dauerhaft Druck ausüben. Diese traditionelle Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land sowie zwischen Produktion und Konsum, die den Strukturen des industriellen Kapitalismus dienen, kann und soll in einer Postwachstumsgesellschaft nicht mehr aufrechterhalten werden. Zahlreiche zukunftsweisende Projekte versuchen bereits jetzt, Alternativen zu entwickeln, indem zum Beispiel auch Städte zu Räumen landwirtschaftlicher Produktion (*urban gardening*) und zu Standorten der Energie- und Ressourcengewinnung (Solar-technologien, Reparatur und Recycling von hochwertigen Stoffen) werden.

Eine Postwachstumsgesellschaft bedarf aber auch einer radikalen Änderung der Stadt- und Landschaftsplanung. Unsere modernen Städte sind durch eine effiziente Aufteilung zwischen Produktion (Gewerbegebieten; Lebensmittel- und Energieerzeugung) und Konsum (Einkaufszentren und -straßen), Arbeit (Büros- und Firmengebäude) und Leben (Wohngebiete) charakterisiert. Effizient ist diese Aufteilung aber nur unter der Bedingung von Massenproduktion und -konsum. Eine Postwachstumsstadt würde hingegen ganz andere Formen der Interaktion benötigen, um zum Beispiel Produktion und gemeinsame Nutzung enger miteinander zu verbinden, durch Nachbarschaftsinitiativen zur Selbsterzeugung von Lebensmitteln und Energie oder Reparaturwerkstätten. Straßen und Wege sollten zur Unterstützung einer flächendeckenden, energiearmen und kollektiven Mobilität (Vorrang für Fahrradwege, ÖPNV) neu geplant und wichtige Dienstleistungen dezentral und leicht erreichbar für alle Bürger(innen) werden. Insgesamt soll weniger Fläche genutzt werden, sowohl durch kompaktere Wohnmodelle wie Wohngemeinschaften oder kollektive Wohnprojekte mit gemeinschaftlicher Nutzung einiger Bereiche (Gästezimmer, Wäscherei,

Großküchen, Garten) als auch durch eine Reduzierung des gesamten Stoff- und Energieverbrauchs.

Ein solches Projekt lässt sich natürlich nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg durchführen: Aktuelle Projekte und Initiativen erweitern daher Schritt für Schritt den Raum des Denkbaren und Möglichen, und sie gewinnen immer mehr Unterstützer(innen). Ein Prozess des Umdenkens braucht nun mal Zeit und die Stimme aller Beteiligten. Das Modell der »Transition Towns« kann ein wichtiges Laboratorium für den Wandel werden. Die weltweit aktive »Transition-Town«-Bewegung experimentiert seit fast zehn Jahren in Städten und Gemeinden mit dem geplanten Übergang in ein postfossiles Zeitalter, indem sie diese von den fossilen Energieträgern unabhängig macht und dadurch ihre Autonomie und Widerstandsfähigkeit gegen Krisen stärkt. Das Modell der »Transition Towns« ist deswegen so erfolgreich, weil es eine Vielzahl von verschiedenen Initiativen kombiniert, die an die jeweiligen lokalen Gegebenheiten gut angepasst sind. Das weltweite Netzwerk unterstützt neue Initiativen durch Erfahrungsaustausch, Methodenausbildung (zum Beispiel für die Gestaltung kollektiver Entscheidungsprozesse) und konkrete Wegweiser wie der Leitfaden mit den »12 Schritten zum Wandel«.⁹⁴ Zu den konkreten Initiativen gehören neben der Bewusstseinsbildung über den Klimawandel auch Schulungen, um praktisches Wissen wieder zu erlernen, wie zum Beispiel Reparaturarbeiten, Fahrradwartung, Kräuterkunde, Gemüseanbau oder das Backen mit Sauerteig. Je nachdem, welche Expertisen, Potentiale und Rahmenbedingungen in der Gemeinde vorhanden sind, gestaltet sich jedes Projekt anders. Ein wichtiges Ziel ist ein konkret und lokal umsetzbarer Energiewende-Aktionsplan, in dem praktische Maßnahmen entwickelt werden, »die zur Stärkung der lokalen Autonomie und Widerstandsfähigkeit sowie der Verringerung des CO₂-Fußabdrucks führen«. »Transition Towns« funktionieren nur durch die direkte und aktive Teilnahme der Bewohner(innen), die in eigener Regie anfangen, ihr Wohngebiet zu verändern. Von ihren konkreten Strategien, Vernetzungsstrukturen und ihrem Engagement kann man für die Zukunft viel lernen.

Arbeit neu denken: Die Neuverteilung von Zeit und Arbeit ist vielleicht die größte Herausforderung für jede Gesellschaft, umso mehr für eine Postwachstumsgesellschaft. Unsere Zeit ist reguliert und strukturiert auf der Basis einer bestimmten Arbeitsteilung, die sogenannte produktive Tätigkeiten von sogenannten bloß »reproduktiven« Tätigkeiten trennt. Die Zeit ist aufgeteilt zwischen Erwerbsarbeit und Lebenszeit, und selbst die Versuche, beide miteinander in Einklang zu bringen, stellen diese Trennung nicht grundsätzlich infrage. Diese Arbeitsteilung beruht zudem auf einem unausgesprochenen Geschlechtervertrag, den beide Seiten nie gleichberechtigt ausgehandelt haben. Die reproduktiven Tätigkeiten der Sorge, Pflege, Beziehungsarbeit, die sogenannten *Lebenserhaltungstätigkeiten*, werden traditionell von Frauen verrichtet. Der Zugang zur Erwerbsarbeit und neue Technologien im Haushalt haben zwar die Frauenemanzipation vorangebracht, aber die grundlegenden Ursachen der Unterdrückung oder die Trennung der Sphären nicht verändert. Das etablierte Herrschaftsverhältnis bleibt ebenfalls unangestastet, da Sorge- und Pfllegetätigkeiten auf Menschen aus anderen Ländern oder Schichten – vorwiegend auch hier Frauen – abgewälzt werden. Die Trennung und Hierarchisierung zwischen den zwei Lebenssphären findet sich in nahezu allen Gesellschaftsformen quer durch die Epochen. Eine Postwachstumsgesellschaft kann aber nur gerecht sein, wenn diese Teilung endlich aufgehoben wird. Es ist durchaus schwierig, gute Beispiele für eine solche radikale Transformation zu finden, selbst in den zukunftsweisenden Experimenten der Postwachstumspioniere. Aber zumindest in einigen alternativen Wohnprojekten werden andere Wege der Arbeitsteilung ausprobiert. Nach ähnlichen Mustern wie das Vier-in-einem-Modell von Frigga Haug versuchen sie, alle vier Dimensionen menschlicher Tätigkeiten gleichberechtigt zu leben: Produktions- und Versorgungsarbeit, Sorge- und Reproduktionsarbeit, Selbstentfaltungsbarbeit und politische Mitgestaltungsarbeit. Solche Projekte sind Lernorte und Laboratorien für Alternativen, in denen andere Verhältnisse konkret experimentiert werden können. Eine Postwachs-

tumsgesellschaft bedarf einer grundlegenden Veränderung der Zeitstrukturen, sowohl auf gesamtgesellschaftlicher Ebene (Erwerbsarbeitszeit, Lernzeit, Zeit für Beziehungen und Pflegezeit) als auch in unseren Denkmustern, die über zwei Jahrhunderte lang an die kapitalistischen Produktionsweisen angepasst wurden.

Solidarität: Das leitende Gerechtigkeitsprinzip einer Postwachstumsgesellschaft

Die Gefahr von Utopien ist, dass sie eine klare Linie zwischen denen ziehen, die dazugehören, und denen, die draußen bleiben müssen. Zukunftsweisend kann die Utopie einer Postwachstumsgesellschaft aber nur sein, wenn sie sich nicht abschottet. Eine Ansammlung kleiner, selbstgenügsamer, isolierter Postwachstumsgemeinden, in denen die Solidarität an den geographischen oder politischen Grenzen der Gemeinschaft aufhört, ist weder eine dauerhaft stabile noch überhaupt wünschenswerte Option. Postwachstum soll keine Rückkehr zum traditionellen Gemeinschaftsleben bedeuten, sondern ein Weg in die Zukunft sein, in der neue Formen des Zusammenlebens nach anderen Kriterien aufgebaut werden. Vernetzen, kooperieren und solidarisch unterstützen sollen sich nicht nur einzelne Ortsansässige, sondern auch Menschen zwischen verschiedenen Standorten und lokalen Gemeinden. Solidarität statt Abschottung ist auch die Antwort auf die Frage der Immigration und des Umgangs mit Grenzen.

Eine Ökonomie, die dem Prinzip der Solidarität folgt, ist nicht von Profitsteigerung und der Schaffung neuer Absatzmärkte getrieben, sondern steht im Dienst der Befriedigung individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse. Das klingt vielleicht naiv, aber auch dafür gibt es erfolgreiche Beispiele: Die sogenannte solidarische Ökonomie hat sich bereits in vielen Ländern etabliert und bewährt.⁹⁵ Sie funktioniert hier parallel zu den klassischen weiterbestehenden ökonomischen Strukturen, mal mit, mal ohne direkten Kontakt, und sichert vielen Menschen ihre Lebensgrundlage. Die solidarische Ökonomie ist besonders in Lateinamerika sehr stark

verbreitet und verfügt über ein weltweites Netzwerk von Produzent(inn)en und Nutzer(inne)n. Solidarische Ökonomie bedeutet zunächst kollektive Selbstverwaltung und -bestimmung der Produktion, meistens durch Genossenschaften, in denen alle Entscheidungen solidarisch und demokratisch von allen Arbeitenden getroffen werden. Diese Solidarität erweitert sich aber auch auf weitere Betriebe des lokalen, regionalen und sogar weltweiten Netzwerks, die miteinander nicht in Konkurrenz wie die klassischen kapitalistischen Unternehmen stehen, sondern kooperieren und sich dabei gegenseitig unterstützen. Dazu gehören auch Verbrauchernetzwerke, solidarische Finanzinstitutionen, Dienstleistungsanbieter. Besonders in Brasilien, wo die solidarische Ökonomie als bedeutsamer Wirtschaftsfaktor sogar ein nationales Sekretariat hat, ist sie weitaus mehr als nur eine alternative Produktionsweise: Sie umfasst auch eine andere Kultur der Nutzung, des Verbrauchs und der Beziehungen untereinander. Umweltbewusstsein, Kooperation, Gebrauchs- statt Profitorientierung kennzeichnen das alternative Lebensmodell der solidarischen Ökonomie. Politisch ist sie eine einflussreiche Bewegung gegen multinationale Konzerne und den internationalen Wettbewerb. Die existierenden Strukturen solidarischer Ökonomie zeigen, dass Wirtschaft auch anders funktionieren kann, und zwar ebenfalls mit Zuliefererketten, industrieller Produktion, flächendeckender Präsenz durch globale Netzwerke, aber mit einer anderen Logik als die bloße Profitausrichtung.

Jenseits des Kapitalismus... wie wir ihn kennen

Mit der Frage, ob Postwachstum überhaupt mit Kapitalismus kompatibel ist, befassen sich Aktivist(inn)en und Denker(innen) der Postwachstumsbewegung schon lange und sind sich nicht einig. Eine Postwachstumsgesellschaft kann sicherlich nicht mit einer Wirtschaftsweise funktionieren, die durch die kontinuierliche Steigerung privater Profite angetrieben wird und auf ständige Expansion und Intensivierung ausgerichtet ist. Deswegen ist sie auch nicht mit dem Industriekapitalismus kompatibel. Denn eine Postwachstumsgesellschaft

sieht alternative gemeinschaftliche Formen von Eigentum und Nutzung von Gütern vor, die für alle Nutzen stiften. Es ist strittig, ob eine Postwachstumsgesellschaft auf Geld als Tauschmittel verzichten und zum Beispiel nur zinsloses Regionalgeld einsetzen soll. Wie die feministische Soziologin Mary Mellor brillant gezeigt hat, geht es aber vor allem darum, Geld wieder an seinen alten Platz zurückzulotsen: als etwas, was von den Staaten verwaltet und an die Banken geliehen wird und nicht andersherum.⁹⁶ Ähnliches gilt für die Rolle des Marktes: Es ist durchaus vorstellbar, neben solidarischen Formen des Tausches auch marktvermittelte zu praktizieren. Aber eine Postwachstumsgesellschaft kann nicht in einem globalen Markt überleben, auf dem Waren unabhängig von ihren qualitativen Merkmalen getauscht werden und ihren Gebrauchswert verlieren. Die Produktion kann durchaus Mischformen aufweisen, wo kleine Unternehmen und Genossenschaften miteinander kooperieren. Schon heute steigt die Anzahl der kleinen und mittleren Unternehmen, die versuchen, sich aus dem Wachstumszwang und aus der Abhängigkeit vom globalen Markt zu lösen.

Ist das dann immer noch Kapitalismus? Wenn überhaupt, dann in einer radikal abgewandelten Varianten. Deswegen birgt eine Postwachstumsgesellschaft ein starkes Konfliktpotential in sich: Sie fordert eine radikale Veränderung der Machtstrukturen und wird nicht ohne heftige Auseinandersetzungen zu realisieren sein.

Autonomie und Demokratie: Eine Postwachstumsgesellschaft wird demokratisch oder gar nicht sein!

Die Wachstumskrisen der letzten Jahre und die Reaktion darauf im Sinne von weitergehender Privatisierung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Verschuldung und schließlich Austeritätspolitik haben demokratische Staaten geschwächt und sie den globalen Wirtschaftsmächten noch mehr ausgeliefert. War Wachstum früher entscheidend für die Stabilisierung demokratischer Wohlfahrtsstaaten, ist es nun zu einer Bedrohung für ihren demokratischen Kern geworden. Eine Postwachstumsgesellschaft kann daher zu einem Rettungs-

anker echter Demokratie werden. Genau diese Chance propagieren die Décroissance-Pioniere: Losgelöst vom Wachstumszwang, kann eine Gesellschaft über die Prinzipien und Formen des Zusammenlebens wieder selbst bestimmen. Demokratie braucht Postwachstum, und gleichzeitig braucht auch Postwachstum Demokratie. Denn eine Postwachstumsgesellschaft kann sich nur dann auf Dauer stabilisieren und das gute Leben aller als Ziel verfolgen, wenn sich tatsächlich alle Gesellschaftsmitglieder an deren Gestaltung aktiv und kreativ beteiligen. Eine Postwachstumsgesellschaft sollte somit wieder selbst über die eigenen Institutionen entscheiden, statt als Anhängsel der Wirtschaftsinteressen zu fungieren. Dazu gehört eine stärkere demokratische Kontrolle der Wirtschaft. Mehr Wirtschaftsdemokratie bedeutet aber nicht nur – wie sie seit langem die Gewerkschaften fordern – den Ausbau der demokratischen Mitbestimmung innerhalb der klassischen Betriebsstrukturen. Vielmehr heißt es, die gesamten Bedingungen der Produktion und der Bereitstellung von Dienstleistungen, Konsum und Nutzung demokratisch zu gestalten und nicht den Kräften des Marktes zu überlassen. Und zwar nicht in der Rolle von Konsument(inn)en, die nur durch ihr Kaufverhalten auf Produktionsentscheidungen Einfluss nehmen können, sondern als Bürger(innen), die gemeinsam darüber bestimmen, was gebraucht wird und wie es produziert werden soll. Dies hat nichts mit einer Rückkehr zu einer zentralisierten bürokratischen Kontrolle im Sinne einer flächendeckenden Planwirtschaft zu tun, die die Autonomie der Bürger(innen) dann wieder einschränken würde. Ganz im Gegenteil bedeutet mehr demokratische Abstimmung über Wirtschaftsfragen eine Stärkung der Zivilgesellschaft, die aktive Beteiligung an ökonomischen Prozessen durch Genossenschaften, solidarische Betriebe und selbstverwaltete Strukturen, lokal verankerte Produktionswerkstätten, dezentrale (aber solidarische) Energieversorgung und Technologieentwicklung nach sich zieht.

Auch in Bezug auf das Demokratiekonzept experimentieren Postwachstumspioniere: Während der Besetzung der Hauptplätze in Barcelona und Madrid hat die spanische Em-

pörten-Bewegung (die *Indignados*), die gegen die katastrophale Krisenverwaltung der spanischen Regierung und der EU protestierte, zusammen mit Postwachstumsaktivist(inn)en versucht, Räume für mehr Demokratie zu schaffen. Die *Indignados* haben sich komplexe Entscheidungsstrukturen durch Plenarsitzungen, Gremien und Arbeitsgruppen geschaffen, in denen alle Stimmen Gehör finden sollen. Auch nach der Räumung der Plätze haben einige Gruppen in verschiedenen Stadtvierteln von Barcelona solche Strukturen beibehalten, um gemeinsame Entscheidungen zu treffen. Kooperativen, Tauschbörsen, Reparaturwerkstätten, gemeinsam verwaltete Gärten und vieles mehr sind daraus entstanden. Solche Experimente sind Laboratorien für gesellschaftliche Veränderungen, durch die viele Menschen motiviert werden, für Demokratie zu kämpfen. Autonomie und Selbstbestimmung fordern mehr Engagement, mehr Zeit, mehr Arbeitseinsatz: Der Weg zu mehr Demokratie lässt sich daher nicht ohne eine Veränderung der Zeitstrukturen der Gesellschaft denken.

Ebenso wenig ist Demokratie auf Dauer ohne eine übergreifende Koordination vorstellbar. Über die Rolle einer gesellschaftlichen Gesamtkoordination gibt es allerdings noch keine ausgearbeiteten Überlegungen. Ob die Postwachstumsgesellschaft die vertraute Form eines Nationalstaates beibehalten oder womöglich eine andere, noch zu erfindende Gestalt annehmen wird, ist schwer zu sagen. Aber es ist illusorisch zu denken, dass sie nur über die Kooperation zwischen selbstständigen Lokalgemeinden aufrechtzuerhalten wäre. Gerade gegen Diskriminierung, Unterdrückung und Abschottung auf lokaler Ebene bedarf es einer Form der überparteilichen Koordination, die demokratisch legitimiert und kontrolliert wird.

Eine gelebte und offene Demokratie ist fundamentale Bedingung für ein gutes Leben für alle. Zu den wesentlichen Bedingungen eines guten Lebens gehört nämlich auch die ständige Auseinandersetzung über die geteilten Grundwerte, die Überprüfung möglicher Diskriminierungen und die Bewahrung von Räumen für Widerstand, Kritik und Opposition.

Eine neue Diskussion über Bedürfnisse und deren Befriedigung muss geführt werden, in der nicht die Anforderungen der Wirtschaft an erster Stelle stehen, sondern die Art und Weise, wie Bürger(innen) zusammen leben möchten. Wichtig ist, zwischen den Bedürfnissen selbst und den Ressourcen oder Formen ihrer Befriedigung zu unterscheiden: Wenn es bei der Bedürfnisdiskussion nicht mehr um individuelle Lebensstilentscheidungen wie beispielweise den Besitz eines eigenen Autos, sondern um das Recht auf Mobilität geht, stehen die politischen und institutionellen Bedingungen für ein gutes Leben aller Gesellschaftsmitglieder im Zentrum der Debatte.

Schließlich sollen Räume geschaffen werden, in denen mögliche Alternativen nicht nur angedacht, sondern auch ausprobiert, erlebt und reflektiert werden können, abseits von der Werbungs- und Marketingmaschinerie, die ständig neue Bedürfnisse konstruiert, um Wachstum anzukurbeln. In diesen alternativen Projekten und sozialen Experimenten können wir die konkrete Machbarkeit von Alternativen ausloten. Solche Projekte und Initiativen, in denen der Wachstumszwang, wenn auch nur zeitlich und räumlich begrenzt, aufgehoben ist, sind gesellschaftliche Lernorte und Laboratorien für die Zukunft.

In diesen Laboratorien wird die Postwachstumsvision als konkrete Utopie geschmiedet und mit Leben gefüllt, damit wir das Ende des Wachstums getrost feiern und wirklich alle in einer gerechten, solidarischen und demokratischen Postwachstumsgesellschaft gut leben können.